PRESSEMITTEILUNG



STADT MENDEN (SAUERLAND)

Ansprechpartner/in: Frau Hannelore Pifczyk 11.07.2013

Abt.: Bürgermeisterbüro Tel.: 02373 903 302

Flüchtlinge in Menden

Politik und Verwaltung engagieren sich für mehr Integration

Aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer hatte Rita Schillings vom Flüchtlingsrat Leverkusen als Referentin am Dienstag im Ratssaal. Hier trafen sich in einer gemeinsamen Sitzung der Sozialausschuss und Integrationsrat. Thema war die Situation der Flüchtlinge in Menden. Hierzu hatte die Verwaltung einen Bericht verfasst.

Engagiert und mit viel Detailkenntnis informierte Frau Schillings über die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in NRW. Dabei ging sie insbesondere auf veränderte rechtliche Rahmenbedingungen ein, die den Kommunen, Arbeitsagenturen und den Ausländerbehörden mehr Handlungsoptionen zur Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft bieten. Hierzu gehören u.a. die Erteilung einer Arbeitserlaubnis, die Unterbringung außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften, Leistungsansprüche aus der Jugendhilfe etc..

Ein besonderes Augenmerk richtete Frau Schillings auf die Situation von Kindern und Jugendlichen. Deutschland habe inzwischen seine Vorbehalte gegen einzelne Punkte der UN Kinderrechtskonvention aufgegeben. Das hat zur Folge, dass auch bei Flüchtlingskindern das Kindeswohl bei allen Entscheidungen maßgeblich zu berücksichtigen sei, alle Bestimmungen des Kinder und Jugendhilfegesetzes gelten uneingeschränkt auch für sie.

Sie verwies auf die seit wenigen Jahren bestehende Schulpflicht für Kinder von Flüchtlingen. Sie gab zu bedenken, dass der von der Verwaltung festgestellte Anteil von Flüchtlingskindern, die nicht regelmäßig die Mendener Schulen besuchen, mit 16% zu hoch sei.

Angesichts der Tatsache, dass über 40% der in Menden lebenden Flüchtlinge Kinder und Jugendliche sind, sind sich die Politiker beider Ausschüsse einig, dass sie mehr Informationen zur Situation der Flüchtlingskinder in Menden wünschen und andere Fachausschüsse wie der Kinder- und Jugendhilfeausschuss sowie der Schulausschuss beteiligt sein müssen.

Ein wichtiges Thema war auch die Unterbringung von Flüchtlingen. Frau Schilling berichtete, dass in Leverkusen Flüchtlinge schon seit vielen Jahren nicht über einen längeren Zeitraum in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen. In der Regel dürfen sie eine Privatwohnung anmieten. Trotz großer anfänglicher Bedenken habe sich dieses Modell als vorteilhaft erwiesen sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Stadt Leverkusen. Keine der formulierten Befürchtungen bei der Unterbringung in Privatwohnungen Leverkusen sei eingetreten.

Im Ergebnis der Sitzung wurde die Verwaltung beauftragt, eine Vielzahl von Fragen zu beantworten, zum Beispiel ob und in welchem Umfang Flüchtlingskinder die Kindertagesstätten besuchen, wie es um deren Sprachkenntnisse bestellt ist, ob und inwieweit alle leistungsberechtigten Flüchtlinge tatsächlich Leistungen beziehen. Es soll eine Kostengegenüberstellung bezüglichUnterbringung in Gemeinschaftsunterkünften oder in Wohnungen der Wohnungswirtschaft erfolgen.

Die Informationen sollen in den vorliegenden Bericht der Verwaltung eingearbeitet und in einer weiteren gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses und Integrationsrates vorgestellt werden.

Die vorgesehenen 60 Minuten für die gemeinsame Sitzung erwiesen sich als sehr knapp kalkuliert angesichts eines so komplexen Themas und der regen Diskussion. Unsere Flüchtlinge dürften sich indes freuen, dass Politik und Verwaltung so engagiert an der Verbesserung ihrer Situation arbeiten möchten.

Stadt Menden (Sauerland)

Neumarkt 5 8706 Menden Tel.: 02373 903 0 www.menden.de/presse Pressekontakt

Manfred Bardtke Hannelore Pifczyk (Stellvertreterin)

Tel.: 02373 903 369 Tel.: 02373 903 302 Fax: 02373 903 386 Fax: 02373 903 386

E-Mail: presse@menden.de